

⁴ Dreier, in: *Dreier/Schulze*, Urheberrechtsgesetz, München 2004, § 51, Rdnr. 10.

⁵ Dreier, in: *Dreier/Schulze*, § 51, Rdnr. 10, 5.

⁶ Loewenheim, in: *Schricker*, § 2, Rdnr. 81.

⁷ Loewenheim, in: *Schricker*, § 2, Rdnr. 85.

⁸ BGH GRUR 1991, 523, 525 – Grabungssammlung; BGH GRUR 1986, 739, 740 – Anwaltsschriftsatz.

⁹ GRUR 1990, 124ff.

¹⁰ GRUR 1990, 124, 126.

¹¹ Unveröffentlicht, Az.: 3 U 192/00.

¹² Unveröffentlicht, Az.: 7 O 19988/00.

¹³ BGH GRUR 1974, 740, 741 – Sessel.

¹⁴ Die Vermutung des § 10 UrhG erstreckt sich nur auf die Urheberschaft. Eine davon zu unterscheidende Vermutung für das Vorliegen einer persönlichen geistigen Schöpfung ist lediglich für die GEMA aufgrund ihres umfassenden Repertoires anerkannt. Vgl. dazu BGHZ 95, 274, 275f und 285, 288 – GEMA-Vermutung I und II.

¹⁵ Nordemann/Heise: »[...] Die weitgehende Außerschutzstellung der Leistungen der Grafik-, Kommunikations-, Mode-, Textil- und Produktdesigner widerspricht zunächst der sozialen Zielsetzung des Urheberrechtsgesetzes, weil es normalerweise sozial schwachen Urhebern ihr Einkommen sichern soll, dieses Ziel aber bei den erwähnten Designern fast vollständig verfehlt wird [...]«, Urheberrechtlicher Schutz für Designleistungen in Deutschland und auf europäischer Ebene, in: ZUM 2001, 128ff.

¹⁶ Bundestags-Drucksache 11/4929 vom 07.07.1989, S. 45ff.

¹⁷ Bundestags-Drucksache 11/4929 vom 07.07.1989, S. 52.

¹⁸ BGHZ 17, 266, 282 – Grundig Reporter; BGH GRUR 1995, 673, 675 – Mauer Bilder; BGH GRUR 2002, 963, 966 – Elektronische Pressespiegel.

Fluchtpunkt Arbeitsmarkt. Über die unscharfen Perspektiven der Kunstgeschichte zwischen Studium und Beruf

Paradiesische Zeiten für Hochschulabgänger des Faches Kunstgeschichte gab es in Deutschland wohl nie, doch kommt man kaum umhin festzustellen, daß sich die Arbeitsmarktsituation in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren strukturell tiefgreifend verändert hat. Wie immer sind auch hierbei die Gründe vielfältig, doch ist nicht zu verkennen, daß die Hochschulabschlüsse nur bedingt mit dem heterogenen Stellenmarkt in einem gesunden Verhältnis von Angebot und Nachfrage stehen. Nach wie vor ist die Promotion die Schlüsselqualifikation schlechthin, sozusagen die Bedingung für die Möglichkeit einer Anstellung in den klassischen Berufsbereichen der Kunstgeschichte. Unter dieser Qualifikationsebene vollzieht sich ein stetes Bemühen, den trägen Fluß der Massenuniversitäten mit Reformen

in Richtung Arbeitsmarkt besser zu kanalisieren. Gegenwärtig drängt sich freilich der Verdacht auf, daß unter dem Etikett »Reform« zumeist nichts anderes als eine bürokratische Bereinigung negativer Statistiken angestrebt wird, denn zu wenig wird danach gefragt, wie jedes einzelne Fach zu optimieren wäre, denn schließlich hat sich auch in dieser Hinsicht der Arbeitsmarkt längst ausdifferenziert.

Der Magisterabschluß ist ein diskreditiertes Auslaufmodell. Seine Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt war zwar mittlerweile, gute zwei Jahrzehnte nach der Zwangseinführung, soweit erreicht, daß er allgemein bekannt, nicht jedoch anerkannt war als das, was er sein sollte, nämlich ein vollwertiger, im Bereich der Fachberufe qualifizierender Hochschulabschluß. Doch viele damit verbundene

Wunschziele hatten sich nicht eingestellt, die Studierendenmassen der 80er und 90er Jahre zeigten hohe Semesterzahlen, hohe Abbrecherquoten und eine schlechte Berufseinmündung. Ursachenforschung, die zu echten Reformen hätte führen können, wurde kaum oder nur halbherzig unternommen. Sogenannte »Entrümpelungen« entpuppten sich häufig genug als Etikettenschwindel. Indes ist der Magisterabschluß besser als sein Ruf, nur leidet er von Anfang an unter sich dauernd verschlechternden Rahmenbedingungen, die im nachhinein ein Scheitern wie vorprogrammiert erscheinen lassen müssen. Ein Versäumnis muß freilich unumwunden angesprochen werden: Eine straffere, propädeutische Struktur zumindest des Grundstudiums war allenthalben verpönt, unter dem Generalverdacht der »Verschulung« wurden Möglichkeiten einer effizienteren Ausbildung verspielt, ohne die Chancen zu sehen, die sich für die Leistungsfähigkeit eines Faches in Richtung Arbeitsmarkt hätten ergeben können. Daß solches jetzt von außen eingefordert wird, und zwar unter den Maßgaben von Unkundigen, muß man als bittere Pille schlucken. Ob der Patient daran genesen wird, scheint allerdings abermals fraglich.

Nun wird also der Bachelor of Arts das verordnete Modell für einen zügigen Studienabschluß werden. Erklärterweise soll er berufsqualifizierend und für den Großteil der Studierenden der Standardabschluß sein. An vielen deutschen Hochschulen werden daher mittlerweile neue Studienordnungen und neue Studiengänge entwickelt, oft genug nicht freiwillig, sondern als eine Art Vorwärtsverteidigung, um den noch vorhandenen Gestaltungsspielraum zu nutzen. Gefordert ist, die neuen Studienordnungen stärker berufsorientiert auszurichten. Kritiker sehen darin eine »Fachhochschulisierung« der Universitäten, also die Aufgabe der Grundsatzes, Wissenschaft auf höchstem Theorie- und Methodenniveau zu lehren, auch unter Einbeziehung zweckfreier Grundlagenforschung. Aber wo, wenn nicht

an der Universität, sollte eine solche Kompetenz erworben werden können? Genau besehen wird sich Anwendungsbezogenheit in den Geisteswissenschaften nie derart herstellen lassen, daß die Berufseinmündung zu einem gelungenen Automatismus würde, weil die potentiellen Arbeitgeber ihre Jobprofile vielleicht besser wiedererkennen könnten. Es ist zu erwarten, daß die Hochschulen den wechselhaften Anforderungen des Arbeitsmarktes immer hinterherhinken werden.

Das neue Bachelor-Modell soll internationale Vergleichbarkeit, studentische Mobilität, bessere Studierbarkeit, Verkürzung der Studiedauer und rapide schrumpfende Abbrecherquoten bescheren. Als Schlüssel dafür werden Modularisierung (Lernstoffeinheiten) und Quantifizierung (European Credit Transfer System = ECTS) angesehen. Die Realität zeigt jetzt schon, daß jede Fakultät sich den Vorgaben des jeweiligen Landesministeriums beugen, jedes Fach sich wiederum in die Pläne der eigenen Fakultät integrieren muß. Daß dadurch eine bessere Perspektive auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen sein wird, ist bislang nicht mehr als eine Mutmaßung. Die Vergleichbarkeit innerhalb eines Faches bleibt durch die divergierenden Modulmodelle zwangsläufig hochschul- oder bundeslandübergreifend auf der Strecke. Der Arbeitsmarkt funktioniert aber in Deutschland bundesweit, ja schon längst hat er sich mindestens auf die deutschsprachigen Nachbarländer erweitert. Eine Vergleichbarkeit ist aber dringend geboten, will man zwei Dinge erreichen: erstens, daß die jungen Absolventen einen tatsächlich akzeptierten Abschluß und damit Chancengleichheit erlangen, und zweitens, daß die künftigen Arbeitgeber rasch eine konkrete Meinung über den Standard des Bachelors gewinnen und das Vorurteil des Billigstudiums sich nicht festsetzt. Gegenwärtig zeichnen sich in Deutschland Trends ab, daß als Kern des Bachelor-Studiums sinnvollerweise Grundlagen-, Epochen-, Methoden- und Praxismodule absolviert werden sollten, wobei

die Kombinationen und die Anteile sicherlich unterschiedlich ausfallen werden. Im Falle studentischer Mobilität wird aber weiterhin das Problem der Anrechenbarkeit bleiben, ECTS hin oder her.

Ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz des Bachelor wird sein, wie sich der Öffentliche Dienst auf diesen Abschluß einstellt. Das heißt, daß nicht nur eine fiktive Gehaltsgruppierung angesetzt wird, sondern daß konkret Stellenstrukturen zu schaffen sein werden, die dem Bachelor Rechnung tragen. Die Dienststellen stehen vor der Aufgabe, solche Stellen zum Beispiel im Museum oder im Denkmalamt zu definieren, möglichst mit einer fairen Differenzierung der Kompetenzen. Es scheint wahrscheinlich, daß sich der freie Markt zunächst abwartend verhalten wird, vorrangig im Bestreben, Uniabsolventen für Billiggehälter zu bekommen, solange der Öffentliche Dienst hier nicht zumindest die Richtschnur setzt.

Die Höherqualifizierung sieht konsekutive Studiengänge vor, bei denen nach dem Bachelor ein im Regelfall zweijähriges Masterstudium mit eigener Modulstruktur folgt, das dem alten Magister als äquivalent anzusehen wäre. Statt bisher neun, wird es dafür also zehn Mindestsemester geben. Erst danach kann die Promotion folgen. Unschwer läßt sich prognostizieren, daß ein dringendes Ziel, nämlich das Promotionsalter zu senken, von vornherein verfehlt sein wird. Bei den bisherigen Erfahrungswerten ist bei einer solchen Monumentalisierung der Abschlüsse zu erwarten, daß die eigentliche Zielgruppe der Absolventen bei ihrer Berufseinstimmung im Durchschnitt eher noch älter sein wird. Einschlägige Umfragen haben klar ergeben, daß das in den Berufsbereichen niemand gutheißt. Eine Möglichkeit bestünde darin, bei entsprechender Note und Befürwortung direkt ab dem BA zu promovieren. Betrachtet man insgesamt die neuen Studiengänge von Seiten der Studierenden wie der Lehrenden, so steht zu befürchten, daß die Wissenschaft in Bürokratismen erstarre.

Wie unsozial auch das technokratische Denken der Bachelor-Politik zudem ist, zeigt sich daran, daß selbstredend von einem Vollzeitstudium ausgegangen wird. Grundlage für die Entwürfe der Studienordnungen ist die Veranschlagung einer studentischen Jahresarbeitsleistung von 10 Monaten bei einer 40-Stunden-Woche. Manch einer mag sich insgeheim darüber freuen, daß die Studierenden endlich einmal nach Kriterien der Arbeitswelt gemessen werden. Diese Studienpolitik verkennt die soziale Realität jedoch gründlich, denn der größere Teil der Studierenden muß seine Ausbildung ganz oder teilweise durch Nebenjobs finanzieren, sei es für den Grundbedarf oder die bekanntlich nicht geringen Nebenkosten des Studiums (Exkursionen, Reisen, Fotografieren, Ausstellungen, Bücher etc.). Will man also das BA-Studium in der Regelzeit absolvieren, kann man kaum noch jobben. Müssen die Studierenden dies aber nach wie vor (und das wird die Realität bleiben, so wie auch volkswirtschaftlich der Faktor der versicherungsfreien Arbeitskräfte längst eine stehende Größe ist), dann wird sich das BA-Studium deutlich verlängern. Ein weiterer Punkt könnte die Situation verschärfen, denn Bafög dürfte es dann auch nur für das Erststudium geben, also nach 6 Semestern BA-Regelstudienzeit auslaufen. Sich für die Fachberufe dann höher zu qualifizieren, wird umso schwieriger werden und sich noch mehr hinauszögern. Momentan kann man nur spekulieren, wieviel Studierende nach dem BA weitermachen und MA oder Promotion anstreben werden. Es ist stark zu bezweifeln, daß man heutige Zahlen hochrechnen darf.

Ein letzter Punkt sei noch angesprochen, da er seit Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewinnt und in Zukunft deutlich in den Vordergrund rücken dürfte. Kunstgeschichte ist im Spektrum der Studiengänge eine Art Dienstleistungsfach. Es ist unverkennbar, daß die Attraktivität des Faches sehr viele Seniorenstudierende und Gasthörer anzieht. Dieser gesellschaftlichen Gruppe genügt das

Angebot der Volkshochschulen längst nicht mehr, nur die Universität kann den Anspruch an Vielfalt und Niveau befriedigen. Zudem kostet allein ein Kurs an der Volkshochschule oft mehr als ein ganzes Semester Gasthörerbeitrag. Gewiß hat die Universität eine gewisse gesellschaftliche Bringschuld, und die Aufgabe, daß sie nach außen auf gesellschaftliche Prozesse und Bildungsbedürfnisse reagiert, ist unbedingt zu meistern, denn jede Wissenschaft braucht ihre Akzeptanz in der Allgemeinheit, mit der sie sich auch legitimiert. Angesichts der demographischen Altersent-

wicklung ist mit einem stetig steigenden Bedarf zu rechnen, der die attraktiven Fächer belasten wird. Im engen Curriculum von BA und MA sind zukünftig Kapazitätsprobleme zu erwarten, die sich nicht nur im Generationenstreit um den Sitzplatz im Hörsaal zu erkennen geben. Die Kunstgeschichte rangiert ganz vorne in der Beliebtheit, doch honoriert wird dies von keiner Seite.

(Der Text ist in kürzerer Form erschienen in: *Kunsthistoriker aktuell. Mitteilungen des österreichischen Kunsthistorikerverbandes* 20, 3/2003, S. 1.)

Roland Kanz

Zur Akzeptanz des deutschen Bachelor auf dem Arbeitsmarkt

Eigentlich klingt doch alles ganz wunderbar. Denn der Bologna-Prozeß kommt einer jahrelangen Forderung der Wirtschaft entgegen. Die wünscht sich schon seit langem jüngere Absolventen mit international vergleichbaren Studienabschlüssen und mehr Akademiker als bisher. Der internationale Arbeitsmarkt verlangt außerdem nach immer nuancierteren Anforderungsprofilen bei der nachwachsenden Generation. Auch diese Variabilität scheinen die neuen Abschlüsse den Arbeitgebern zu bieten: Das modularisierte Studienmodell entläßt sowohl Absolventen auf den Arbeitsmarkt, die sich mit dem Bachelor-Abschluß als grundlagengeschulte Generalisten verstehen, als auch erfahrenere Master-Absolventen, die fachlich und wissenschaftlich höher qualifiziert und internationaler als bisher ausgebildet sind.

Der Bedarf an Bachelor- und Master-Absolventen ist also durchaus vorhanden. Mit der konkreten Nachfrage sieht es bisher allerdings anders aus: Erst 11,5 % der Unternehmen beschäftigen einen Bachelor, nur knapp 10% einen Master-Absolventen. Natürlich mag diese Zurückhaltung zum Teil daran liegen, daß es in Deutschland erst seit 2001 die neuen Studienabschlüsse gibt: Erst 19 % der rund

11.000 angebotenen Studiengänge sind Bachelor- und Masterstudiengänge, und das, obwohl die Einführung der neuen Abschlüsse bereits seit 1998 im Hochschulrahmengesetz verankert ist. Die Akzeptanz von BA und MA wächst dabei mit der Größe eines Unternehmens proportional an: In kleinen Betrieben sind nur knapp 3 % der Angestellten Bachelors, in größeren Betrieben überraschenderweise schon mehr als 27 %. Noch nicht untersucht wurde in diesem Zusammenhang, ob die geringen Zahlen der BA-Beschäftigten in kleineren Betrieben darin begründet liegen, daß hier der Akademikeranteil grundsätzlich niedriger ist als in größeren Unternehmen.

Nicht nur die Unternehmen, auch die Studierenden reagieren bislang auf die neuen Abschlüsse zurückhaltend: Nur 3,5 % aller Studierenden nutzen die neuen Angebote. Erst 6,4 % der Studienanfänger entscheiden sich für ein Bachelor- oder Masterstudium (zu diesen Ergebnissen kommt die aktuelle Studie des Kölner Instituts für Wirtschaft in Köln (IW Köln): »Akzeptanz und Karrierechancen von Bachelor- und Master-Absolventen deutscher Hochschulen«, Köln, September 2004). Skepsis herrscht sowohl in der Wirtschaft als auch bei den Studierenden – vor allem vor dem